

Eugen Kogon, Die abenteuerlichen Wege Europas

Legende: Am 20. Februar 1957 treffen sich die Regierungschefs und Außenminister der Sechs in Paris, um eine Bilanz der in Val Duchesse laufenden Verhandlungen zu ziehen. Der deutsche Föderalist Eugen Kogon, Gründer der Zeitschrift Frankfurter Hefte, kritisiert die Vielzahl der europäischen Initiativen, die seiner Ansicht nach nicht unbedingt zu einer gemeinsamen und eigenständigen europäischen Politik führen werden.

Quelle: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik. März 1957, Nr. 3. Frankfurt/Main: Neue Verlagsgesellschaft der Frankfurter Hefte. "Die abenteuerlichen Wege Europas", auteur:Kogon, Eugen , p. 153-156.

Urheberrecht: (c) J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

URL: http://www.cvce.eu/obj/eugen_kogon_die_abenteuerlichen_wege_europas-de-d1f4ab2b-c40a-43eb-b361-08813a01816f.html

Publication date: 05/11/2015



Die abenteuerlichen Wege Europas

„Große politische Fragen versteinern, wenn sie vor die UNO gebracht werden, so nützlich die Organisation der Vereinten Nationen als Forum internationaler Aussprachen auch ist“, äußerte Pandit Nehru vor deutschen Journalisten in Neu-Delhi. Obgleich von den Möglichkeiten die Rede war, aus den bestehenden zwei Deutschland wieder eines zu machen, hat der indische Ministerpräsident diese seine Worte offensichtlich auch im Hinblick auf die „große politische Frage“ des eigenen Gewaltvorgehens in Kaschmir gesprochen. Der Ausdruck „Versteinern“ trifft zwar den gemeinten Zustand keineswegs: die Probleme, von der UNO behandelt, bleiben häufig in der Schwebelage und sie werden lediglich beredet.

Aber eine solche Charakterisierung heißt denn doch die Bedeutung der Vereinten Nationen „aus gegebenem Anlaß“ herabmindern. Sie sollen ein Forum der Moral bilden, das die Groß- und die Kleinmächte in ihrer Interessenpolitik allmählich nicht einfach übersehen und übergehen können, ohne Schaden zu nehmen. Die „offenen Fragen“ müssen dann freilich in Verhandlungen der Partner, sei es direkt, sei es über Konferenzen, geregelt werden — ohne Gewalt, allenfalls in Richtung der UN-Empfehlungen. Das Prinzip ist mit einem gewissen Erfolg auf den Suez-Konflikt angewandt worden, mit Abstand erfolgreich — jedoch nicht zu Ungunsten der Regierung Mollet-Pineau — in der Algerienfrage, nahezu völlig erfolglos in Sachen Ungarn, und es wird, zum Mißbehagen Nehrus, versucht, es auch im Fall Kaschmir anzuwenden.

Die Vereinten Nationen sollen von den Mitteln der internationalen Politik nur eines ersetzen: die Gewalt. Im übrigen bleibt es bei der Multinationalitätssouveränität samt Block-, Bündnis- und Neutralitätspolitik.

Die Art, wie innerhalb solcher globaler Verhältnisse die Europa-Staaten ihre eigene Raison suchen, buchstäblich und als politischen Platz, als neue Form, in der sich bestehen ließe, ist alles andere als ermunternd. Wer hätte es je für möglich gehalten, daß es einer Niederlage im Zusammenstoß mit der arabischen Welt bedurfte, um das französische Parlament und die britische Regierung wenigstens wirtschaftlich „europageneigt“ zu machen? Seitdem man den Übergang vom Kalten Krieg zur Koexistenz schleunigst dazu benutzt hat, die Vernunft nicht mehr unmittelbar zu Rate zu ziehen, sondern sich ihres Argumenten-Arsenals zu bedienen, um das, was sie in reifen Situationen an wirklichen Lösungen selbst anzubieten hätte, sich aus dem Sinn zu schlagen, ist sie gezwungen, seltsame geschichtliche Umwege zu gehen.

Was ist das für eine „Europa-Geneigtheit“, mit der wir es jetzt zu tun haben? Die Fülle der Initiativen, die im Gang sind, darf uns nicht davon abhalten, ihre Bedeutung richtig einzuschätzen.

Auf eine eigenständige und gemeinsame Politik verzichten die Europäer noch immer. Darf man eine so weittragend negative Feststellung in der Tat treffen, wenn die Kabinetts-Chefs der sechs Montanunions-Länder doch soeben in Paris ihren Willen bekundet haben, auf dem Wege der Einigung Europas weiter voranzuschreiten? Man darf es nicht nur, leider muß man es.

Der Straßburger Europa-Rat bleibt, was er ist: eine Plattform für fünfzehn parlamentarische Delegationen, zweimal im Jahr Meinungen auszutauschen und nützliche Anregungen zu geben, von denen einige, die nicht die Existenz betreffen, sogar verwirklicht werden. Dem Übernationalen dort Macht zu geben, daran denkt niemand. Weil der Versuch in der ersten Folgezeit nach dem 5. Mai 1949, dem Tag, an dem das Europa-Statut angenommen wurde, mehrmals gescheitert ist, gilt es als eine Art Zusatzkonvention, den Ausbau dieses europäischen Verfassungsansatzes für „unmöglich“ und jeden Vorschlag in dieser Richtung als „unrealistisch“ anzusehen.

Der vortreffliche Verfassungsentwurf, wie er im Anschluß an Artikel 38 des EVG-Vertrages bis zum Frühjahr 1954 erarbeitet worden war, ist mit diesem Vertrag zusammen begraben worden, sang- und klanglos, ein Lebender mit einem Toten.

Die sogenannte Westeuropäische Union der sieben Brüsseler Pakt-Staaten (Großbritannien, Frankreich,

Benelux, Bundesrepublik Deutschland und Italien) ist ebenfalls mit einem Parlament und einem Ministerrat ausgestattet, aber die Union hat weder eine gemeinsame Politik noch den Willen, sie zu betreiben. Auf dieser „Ebene“ werden gelegentlich Randthemen beraten, die nicht so ganz in den Rahmen der NATO passen.

Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis selbst ist zwar ein wichtiges Stück Weltpolitik, aber doch keinesfalls jemals der Ort, wo sich Europa als politische Einheit zusammenfinden könnte.

Keiner der europäischen Verantwortlichen trägt sich auch nur im geringsten mit der Absicht — teils aus Mangel an Einsicht, teils aus Rücksichtnahme aufeinander —, irgendetwas an diesem Zustand zu ändern. Politik, das bleibt eine Sache der vielen Souveräne im Rang der „Gleichberechtigung“ und „Gleichwertigkeit“, den sie sich neben den USA und der UdSSR, neben China und Indien selber zumessen. Da kann man mit einem außereuropäischen Sprichwort nur sagen: „Wenn die Sonne tief steht, werfen die Zwerge lange Schatten“. Zur Zeit der Hellenen war es im vierten vorchristlichen Jahrhundert, zur Zeit der mittel- und norditalienischen Stadtstaaten im fünfzehnten Jahrhundert nicht anders; infolgedessen gingen sie, so glorios ihre Geschichte und ihre Kulturleistungen einmal gewesen waren, in den heraufziehenden Großreichen von damals unter.

Der „Gemeinsame Markt“ und die „Europäische Atomenergie-Gemeinschaft“ sind aber doch deutliche Zeichen, daß die Entwicklung durchaus noch anders verlaufen könnte? Aus Wirtschaft wird Politik werden; Europa soll endlich „von seiner Basis aus“ entstehen!

Für die vermeintliche Richtigkeit dieser Anschauung wird einiges ins Feld geführt. Der Präsident eines der Verbände, die sich die Einigung Europas angelegen sein lassen, schreibt, die sechs Staaten der Montanunion seien nun bereit, „große Bezirke der nationalen Lebenssubstanz über die Grenzen hinweg zu verschmelzen“. Das gelte „zunächst für den Bereich der Wirtschaft. Aber der Zusammenschluß wird und kann hierbei nicht stehen bleiben. Er wird sich fortsetzen müssen in einer politischen Gemeinschaft, da Wirtschaft und Politik gar nicht voneinander zu trennen sind.“ Andere verweisen auf das historische Beispiel des Deutschen Zollvereins, dem die politische Einigung Deutschlands gefolgt sei.

Ob die jetzt beschlossene Wirtschaftseinheit von sechs europäischen Ländern „*stehenbleiben wird*“ oder nicht, entzieht sich jedermanns Kenntnis; es zu wissen, verriete Prophetengabe. Sicher hingegen ist, daß die Entwicklung anders verlaufen *kann* und sich mitnichten in einer politischen Gemeinschaft fortsetzen *muß*, weil Wirtschaft und Politik gar nicht voneinander zu trennen seien. Was hängt in der Welt nicht alles engstens zusammen, ohne daß sich deshalb ein höheres Resultat ergibt! Geschichtliche „Zwangsläufigkeiten“ haben immer ihre Voraussetzungen, die eben gesetzt werden müssen, bewußt und willentlich (oder unbewußt und unwillentlich), und nur insofern, als dies geschieht, folgt etwas daraus. „Von selbst“ entwickelt sich auch in der Geschichte absolut gar nichts „auseinander“. Bestimmte Richtungen entstehen nicht einmal, weil es sinnvoll wäre oder weil es uns sogar als notwendig erschiene. (A posteriori mag es hegelisch so aussehen; dann ist es „die List des Weltgeistes“, die den ganz anderen Gang der Geschichte, der die Katastrophen einschließt, erklären soll.)

Auf die Einsicht und auf den Willen im Vielkräftefeld kommt es an, damit — vielleicht, wenn man überdies „Glück“ hat — das zustandegebracht wird, was als richtig erkannt ist. So wurde, über die Entscheidungen von 1866 und 1870, das Deutsche Reich von 1871 geschaffen. Der Deutsche Zollverein lag auf dem Wege dorthin, sagen wir im nach hinein; „im vorhinein“ barg er diese Möglichkeit nur durch den preußischen und den nationaldeutschen Willen, die Bismarck miteinander zu verbinden vermochte. Hätte es diesen doppelten und nach 1870 vereinten Willen nicht gegeben, so wäre der Zollverein eine nützliche Sache geblieben, die auch einer anderen Politik hätte dienen können, oder die wieder auseinander gefallen wäre, die möglicherweise eine weitere oder eine engere Form angenommen hätte, und alles wäre völlig anders gekommen, als es kam, — durch die Politik kam! Denn immer ist sie es, die auch die Wirtschaft gestaltet, nicht umgekehrt die Wirtschaft, aus der sich zwingend Politik ergäbe.

Der 1. August 1914 und der 1. September 1939 sind unter den vielen Beispielen, die die Geschichte darbietet, zwei besonders einschneidende: in jedem dieser Fälle hat die Politik radikal *gegen* die wirtschaftliche Zusammenarbeit, in der man es recht weit gebracht hatte, entschieden. Wo immer man in der Weltgeschichte hinsieht, folgt dem Kaufmann (und anderen Missionaren) der Soldat, der Diplomat, der Jurist nur, wenn politisches Interesse es erheischt, sonst nicht; man läßt dann alle Schrittmacher allein fuhrwerken. Aber es gibt viele Beispiele dafür, daß ein bewußter politischer Wille eine Kategorie von Sendboten nach der andern losschickt — und sich also auch der Wirtschaftsleute bedient —, um ein vorgesetztes Ziel zu erreichen.

Noch ein anderes Mißverständnis ist aus dem Wege zu räumen, das gegenwärtig viele europäische Hirne gefangen hält: daß wirtschaftliche Vorgänge die „Basis“ seien, auf der sich alles übrige einschließlich der Politik erhebe, — folglich morgen auch die Einheit Europas. Seltsamerweise findet sich dieser primitivmarxistische Vulgärglaube bevorzugt bei Christlichen Demokraten und Liberalen, weniger bei den Sozialisten, die ja, sofern sie Marxisten sind, von der Bedeutung nicht bloß der „Wirtschaft“, sondern eben der konkreten Produktionsverhältnisse sprechen, und diese können, je nach ihrer Art, eine durchaus widerspruchsvolle Politik „hervorbringen“.

Die herrschende Vorstellung von „unten“ und „oben“ ist das Ergebnis eines krausen Denkdurcheinanders, in dem Bautechnik, organische Wachstumsvorgänge und mancherlei erstaunliche Wertschätzungen auf Politik übertragen werden. So kommt dann die Wirtschaft zu der Ehre, tragende Grundlage aus sich zu werden, und eine Verfassung etwa wird zum „Dach“, das man „natürlich“ nicht vor dem Fundament „aufsetzen“ kann. In Wahrheit sind solche Vergleiche aufgelegter Rechtfertigungsunsinn, denn nichts wäre fundamentaler als ein europäisches „basic“ oder „fundamental law“, nämlich eine Verfassung, ob geschrieben oder aus Europa-Willen in jedem politischen Akte praktiziert, und selbstverständlich ist der Beschluß, nur einen Gemeinsamen Markt schaffen zu wollen, ein politischer Grundsatz-Beschluß, der zwar irrtümlich die Wirtschaft zur Basis deklarieren möchte, tatsächlich aber den Verzicht ausspricht, Europa eine Grundlage zu geben.

Sowohl die USA wie die UdSSR handeln genau umgekehrt, — jene praktisch, zumindest in ihren Außenverhältnissen, diese insgesamt praktisch *und* theoretisch (so daß zum Beispiel Schepilow als Wirtschaftstheoretiker im Zentralkomitee der Partei mehr Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik des Landes haben kann als in einer Ministerfunktion, und wäre es die des Außenamtes). Die amerikanische und die sowjetrussische Politik greifen fortwährend zu politischen Zwecken, die innerhalb der gültigen Weltanschauungen liegen, in die Wirtschaft ein und ordnen sich diese unter, auch wenn die Gesamtzielstellungen materiell-zivilisatorischer Art sind. Diese Unterordnung ist ja auch der Grund, warum die Regierungen der „minderentwickelten Länder“, sooft sie Wirtschaftshilfe erhalten wollen und sollen (und sofern sie es sich leisten können), verlangen, daß keine „politischen Bedingungen“ damit verknüpft würden, was wiederum ein Wunsch politischen Selbständigkeitsverlangens — und oft genug nur eine abgeschwächte Form von Illusion — ist, da wirtschaftliche Verbindungen jederzeit Element der Politik sind und dieses immer wirksam wird, wenn die Herrschaftsvormacht es so will (und es sich ihrerseits leisten kann).

Erklären denn aber unsere Regierungen nicht ein- übers anderemal, daß sie zunehmende Einheit meinen und anstreben, wenn sie wirtschaftliche Zusammenschlüsse in die Wege leiten? Gewiß erklären sie das, und sie beginnen, indem sie es tun, mit dem Allerschwierigsten, nur um dem viel leichter Zuwegezubringenden: einem gemeinsamen außenpolitischen Konzept und seiner verbindlichen Verwirklichung, ausweichen zu können! Ein Teil West- und Mitteleuropas wäre längst ein Faktor zur friedlichen Neuordnung der osteuropäischen Verhältnisse (gewesen) und zur Stabilisierung einer gesamteuropäischen Ordnung im Rahmen der umfassenderen Regelungen, um die es geht, wenn die Politik der Europäer sich entschlossen in dieser Richtung bewegt hätte. Wir müßten dann heute nicht zusehen, wie der Versuch unternommen wird, innerhalb von vier und von fünf Jahren Praktiken eines Gemeinsamen Marktes zu erproben, deren Ausgang

darüber entscheiden soll, ob man die weiteren zwei Abschnitte von je vierjähriger Dauer miteinander vollenden und die Landwirtschaft miteinbeziehen wird, während längst eine andersartige, getrennt-eigenwillige, nationalsoveräne Politik dem Gang der Entwicklung Weichen gestellt haben wird, die vielleicht eine völlig gegensätzliche Richtung weisen. Man denke nur an die Möglichkeiten der Deutschland-Politik.

Der Schwierigkeiten, die auf dem jetzt zu beschreitenden Weg wirtschaftlichen Zusammenschlusses sich türmen, sind wahrlich genug. Noch sind sie nicht einmal im Konzept bewältigt: die Frage des Verhältnisses der allmählich entstehenden Zollunion der sechs Montanunions-Länder zu der zu schaffenden Freihandelszone mit den übrigen elf Staaten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates; die Frage der offenen oder geschlossenen Ostgrenze dieses Gebietes, die Deutschland besonders betrifft; die Frage der Assoziierung der französischen und belgischen Überseeterritorien, für die eine auf fünf Jahre gedachte Sonderkonvention abgeschlossen werden soll; die Frage der Verwendung des 580 Millionen Dollar-Investitionsfonds, zu dem die Bundesrepublik 200 Millionen beizutragen hat; die Frage der „Harmonisierung“ der Sozialkosten in den Mitgliedsländern der Zollunion; die Frage der Währungsvereinheitlichung und der freien Umtauschbarkeit, die nach Ansicht vieler hervorragender Fachleute eigentlich an den Anfang des Beginnens gehört hätte; die Frage der Eingliederung der Agrarwirtschaften, denen man gut und gerne einen Sonderstatus zubilligen könnte, wenn damit nicht bloß Interessen-Protektionismus, sondern ein auf Erneuerung gerichteter europäischer Kulturwille verbunden würde; die Frage der Integration des Apparates und der Erfahrungen der Europäischen Kohle- und Stahl-Gemeinschaft in die Organisation des Gemeinsamen Marktes, sowie die Verbindung der Atomenergie-Gemeinschaft mit dieser Organisation; die Prinzipien-Frage: Planung, Lenkung und Selbständigkeit (auch hier hat die Dialektik der kapitalistischen Wirtschaft auf zahlreichen Sachgebieten bereits einen Zustand hervorgebracht, der vielfache Planung und Lenkung notwendig macht, damit Selbstbestimmung überhaupt noch bestehen kann, und das Problem ist viel eher: *wer* soll planen und im unbedingt erforderlichen Ausmaß lenken, als: *soll* geplant und gelenkt werden, — siehe die Tatsachenfülle, die der französische Christliche Demokrat de Menthon, vormals Präsident der Beratenden Versammlung des Europa-Rates, bei der jüngsten Sitzung des Montanunions-Parlamentes in Straßburg ausgebreitet hat!); die Frage der Vermeidung einer supranationalen Superbürokratie (glücklicherweise hat man wenigstens kein viertes europäisches Parlament beschlossen, sondern für Montanunion, Gemeinsamen Markt und Atomenergie-Gemeinschaft zusammen ein einziges); schließlich abermals eine Prinzipien-Frage: Perfektionismus oder lockerer Pragmatismus, wobei offen bleibt, was für unsere Zukunft bedenklicher sein könnte, da es ja nicht feste Ziele einer vereinbarten gemeinsamen Politik sind, die Maß und Tempo bestimmen würden, sondern die wechselnden Gegensätzlichkeiten der nationalen Politik im Verlauf der von den Großmächten entscheidend dirigierten Weltpolitik es sein werden, die den Ausschlag geben, ob Perfektionismus oder Pragmatismus den Grund dafür bieten sollen, das gigantische Experiment gelingen oder scheitern zu lassen.

Da es sich nicht um Mut handelt, mit dem das alles unternommen wird, — um welche Qualität der Europäer dieser unserer Gegenwart handelt es sich? Man muß tatsächlich die Art bewundern, wie sie ihre eigene Raison suchen, — sich in kompliziertester Weise des Argumenten-Arsenals der Vernunft bedienen, um nur ja deren eigentlichen geschichtlichen Rat nicht annehmen zu müssen.

Möge es trotzdem gutgehen.